

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 78 (1986)
Heft: 1

Artikel: Angestelltenpolitik ist Existenzfrage
Autor: Baumann, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angestelltenpolitik ist Existenzfrage

Hans Baumann *

Fast alle Gewerkschaften in den westlichen Industrieländern sind in den letzten Jahren mit dem Phänomen von Mitgliederrückgängen konfrontiert worden. In einzelnen Ländern, wie den USA oder Grossbritannien, nimmt diese Entwicklung gefährliche Formen an. Nicht nur für die Gewerkschaften selbst, sondern auch für die Entwicklung unserer Gesellschaftssysteme kann dies fatale Folgen haben. Die Gewerkschaften sind nach wie vor die wichtigste und stärkste «Gegenmacht», die unbedingt nötig ist, um die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapital und dem Staat zu vertreten. Wird diese Gegenmacht entscheidend geschwächt, können sogar uns heute selbstverständliche Errungenschaften des Sozialstaats auf dem Spiel stehen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen einzelnen sozioökonomischen Gruppen und weiteren sozialen Bewegungen würde sich zugunsten der Kapitaleseite verändern. Teilweise ist dies ja bereits geschehen.

Es gibt verschiedene Gründe für den Rückgang der gewerkschaftlichen Kraft und damit auch des politischen Einflusses der Arbeitnehmer. In erster Linie ist sicher die veränderte wirtschaftliche Situation seit Mitte der siebziger Jahre zu nennen, welche die anhaltende Massenarbeitslosigkeit verursacht hat. Dies hat nicht nur einen unmittelbaren Mitgliederrückgang bei den Gewerkschaften mit sich gebracht, sondern auch eine politische Offensive konservativer und rechtsliberaler Kreise ermöglicht, die sich unter anderem in einem Abbau von Gewerkschaftsrechten, stärkerer Repression in den Betrieben usw. äussert.

Die traditionelle Basis bröckelt ab

Ein mindestens ebenso wichtiger Grund für die Mitgliederrückgänge der Gewerkschaften liegt in den massiven wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die sich seit Beginn der siebziger Jahre beschleunigt haben, und den damit zusammenhängenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die traditionelle Basis der Gewerkschaften ist der «male blue collar worker», das heisst der *männliche, gelernte Industriearbeiter mit einem Vollzeit-Job*. Dies trifft auch in einem hohen Mass auf die Schweiz zu. Vielen Gewerkschaften ist es allerdings in den letzten Jahrzehnten gelungen, auch die un- und angelernten (männlichen Vollzeit-)Arbeiter gut zu organisieren. So etwa im Baugewerbe oder in der Chemieindu-

* Hans Baumann ist Sekretär der Gewerkschaft Bau und Holz und Präsident der Angestelltenkommission des SGB.

strie. Eine Ausnahme bildet ebenfalls der öffentliche Sektor, wo in der Regel auch die Verwaltungsangestellten relativ gut gewerkschaftlich erfasst sind.

Allerdings: die wichtigste Basis – und dies trifft für alle Länder zu – der Gewerkschaftsarbeit ist immer noch der Industriearbeiter. Und genau diese Arbeitnehmergruppe hat durch die Krise und die technologische Veränderung an zahlenmässiger Bedeutung gegenüber anderen Arbeitnehmergruppen stark abgenommen. Der Dienstleistungsbereich hat noch einmal stark expandiert. Neue Arbeitnehmergruppen im Dienstleistungs- und Industriebereich sind entstanden. Diese «Neuen Arbeitnehmer» kennen in der Regel keine gewerkschaftliche Tradition und sind kaum organisiert.

1984 waren in der Schweiz bereits 1,7 Millionen Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich beschäftigt (55,4 Prozent), im Industriesektor weniger als 1,2 Millionen (37,9 Prozent). 1960 war das Verhältnis noch umgekehrt: fast 47 Prozent arbeiteten im Industriesektor, nur 39 Prozent im Dienstleistungssektor. Das Verhältnis hat sich also in gut 20 Jahren auf den Kopf gestellt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch *innerhalb des industriellen Sektors eine Umwälzung* stattfand, indem die internen Dienstleistungsstellen in Forschung und Administration an Bedeutung gewannen. So sind etwa bei der BBC in Baden 56 Prozent (!) der Arbeitnehmer im Büro beschäftigt. Diejenigen in der Werkstatt sind also bereits in der Minderheit.

Trotz Wirtschaftskrise und Beschäftigungsrückgang haben fast alle Angestelltenberufe an Bedeutung hinzugewonnen. Allerdings ist die Zusammensetzung der «Angestellten», wie im deutschen Sprachraum die nicht manuellen Arbeitnehmer meist genannt werden, sehr heterogen. Auch ist die Abgrenzung zu den Arbeiterberufen oft sehr schwierig. Und in der Schweizer Gesetzgebung wird diese Unterscheidung ja glücklicherweise nicht mehr gemacht.

Angestellte erstmals die Mehrheit

Trotzdem gibt die statistische Unterscheidung in Angestellten- und Arbeiterberufe einige weitere Hinweise. Laut Volkszählung 1980 stellen die Angestellten in diesem Jahrzehnt in der Schweiz mit 51 Prozent erstmals die Mehrheit der Arbeitnehmer. Selbst im industriellen Sektor, in dem die Beschäftigtenzahl zwischen 1970 und 1980 stark zurückging, verloren fast nur die (gewerkschaftlich relativ gut erfassten) Arbeiter, die Zahl der Angestellten blieb praktisch gleich.

<i>Zweiter Sektor</i>	1970	1980
Angestellte	387 000	380 000
Arbeiter	861 000	673 000

Aufschlussreich ist auch, dass bei den Beschäftigten mit Schweizer Nationalität der Anteil der Angestellten 65 Prozent beträgt, bei den Frauen sogar 83 Prozent! Hier kumulieren sich ganz deutlich zwei Arbeitnehmergruppen (Frauen und Angestellte), die bis heute sehr schlecht in die Gewerkschaftsarbeit integriert sind. *Eine gewerkschaftliche Angestelltenarbeit heisst also automatisch auch Frauenarbeit.*

Ähnliche Schlussfolgerungen können auch für die Teilzeitbeschäftigten gezogen werden, die stark zugenommen haben und bei denen die Angestelltenberufe ebenfalls die Mehrheit bilden.

<i>1980 gehörten zur Gruppe:</i>	Arbeiter	Angestellte
Total der Arbeitnehmer	49 %	51 %
Schweizer	35 %	65 %
Ausländer	61 %	39 %
Frauen	17 %	83 %
Teilzeitbeschäftigte	46 %	54 %

Eine Trendwende ist bis heute nicht abzusehen. Alle in der letzten Zeit erschienenen Studien über die längerfristige Arbeitsmarktentwicklung gehen davon aus, dass der Anteil der Dienstleistungsberufe weiter zunimmt und die Frauenerwerbsquote noch leicht ansteigt. Ebenfalls kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der hochqualifizierten Arbeitnehmerkategorien weiter zunimmt.

«Proletarisierung» der Angestellten?

Die gewerkschaftliche Organisation der Industriearbeiterschaft wurde zu Anfang dieses Jahrhunderts durch die technische Entwicklung zur Vereinheitlichung, Rationalisierung und Grossbetrieben begünstigt. Heute wird je länger je mehr auch die Arbeit in Verwaltung, Labor und Forschung, also im Angestelltenbereich, rationalisiert. Angestellte sehen sich also auch den Herausforderungen und Bedrohungen der Neuen Techniken gegenüber.

Mit der wachsenden Zahl von Angestellten ist tatsächlich auch eine Angleichung der Arbeitsbedingungen von Angestellten und Arbeitern einhergegangen. So haben sich in den letzten 30 Jahren die Löhne dieser beiden Arbeitnehmergruppen angenähert. Heute verdienen etwa Büroangestellte oder Zeichner deutlich weniger als gelernte Arbeiter. Nur die hochqualifizierten Angestellten sind noch Spitzenverdiener.

<i>Monatslöhne 1983</i>	Männer	Frauen
Angestellte	Fr. 4351.–	2928.–
Kat. I	4956.–	3633.–
Kat. II	3744.–	2768.–
Kat. III	3301.–	2472.–
Arbeiter	3395.–	2362.–
Gelernte	3610.–	2716.–
An- und Ungelernte	3187.–	2329.–

Eine solche Entwicklung würde – so sollte man meinen – eine gewerkschaftliche Orientierung der Angestellten fördern. Tatsächlich ist heute das Schutzbedürfnis und die Interessenidentität mit den anderen Arbeitnehmern grösser. Aber es gibt wesentliche Gegentendenzen, die bewirkt haben, dass die Angestellten in den letzten Jahren nicht massenweise den Gewerkschaften beigetreten sind und der Organisationsgrad heute immer noch tief ist.

Hier ist in erster Linie noch einmal auf den Einfluss der Neuen Technologien zurückzukommen. Diese bedeuten zwar für viele Angestellte eine ernstzunehmende Bedrohung. Gleichzeitig bewirken aber die Neuen Techniken eine zunehmende «Segmentierung» des Arbeitsmarktes: Es gibt Arbeitnehmer, die von den Neuen Techniken hinsichtlich Qualifikation profitieren, und solche, die (noch) nicht davon betroffen sind und schliesslich auch jene «Rationalisierungsverlierer», die abqualifiziert oder gar überflüssig werden. Entsprechend verschieden sind hier auch die Interessen und eine gewerkschaftliche Orientierung wird dadurch erschwert.

Hinzu kommt, dass die neu entstandenen Arbeitnehmergruppen ohnehin sehr verschieden sind. Viele der expandierenden Dienstleistungsbereiche, wie zum Beispiel das Reinigungsgewerbe oder das Gast- und Unterhaltungsgewerbe beschäftigen unqualifizierte Arbeitnehmer, die besonders unbeständigen Arbeitsbedingungen wie Teilzeitarbeit (oft als Zweitjob) oder Arbeit auf Abruf ausgesetzt sind. Demgegenüber stehen hoch qualifizierte Angestellte, beispielsweise im EDV-Bereich, die relativ gut verdienen, technisch orientiert sind, ihre Arbeitsbedingungen individuell regeln und auf ihre Sonderinteressen bedacht sind.

Die Unternehmerstrategie unterstützt natürlich diese Tendenzen, um einer drohenden «Proletarisierung» der Angestellten entgegenzuwirken. Durch Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsbedingungen soll vielmehr das Gegenteil erreicht und die gewerkschaftliche Erfassung erschwert werden. Es wird immer deutlicher, dass heute viele Grossfirmen eine «Japanisierung» ihrer Belegschaft anstreben. Dies bedeutet eine «interne Flexibilisierung» der (verkleinerten) Stammbeflegschaft mit möglichst gut qualifizierten Arbeitnehmern, die vielfältig an verschiedenen Stellen einsetzbar und hinsichtlich Arbeitsbedingungen privilegiert

sind. Hinzu kommt eine «Flexibilisierung gegen aussen», indem ein grosser Teil der Arbeit mit einer je nach Konjunkturlage verschieden grossen Anzahl von Arbeitnehmern im Temporär- oder Teilzeitverhältnis, als Unterakkordanten oder bei höher Qualifizierten mit sogenannten «selbständigen» Mitarbeitern verrichtet wird. Letztere Gruppe von Arbeitnehmern ist bezüglich Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit deutlich benachteiligt.

Überlebensfrage für die Gewerkschaften

Die Kapitalseite ist also bemüht, bestehende individualistische, auf Sonderinteressen bedachte Tendenzen bei den Angestellten aufrechtzuerhalten oder gar auf alle Arbeitnehmergruppen auszudehnen. Die damit zusammenhängende Spaltung und Entsolidarisierung hat mit dazu beigetragen, dass es den Gewerkschaften bis heute erst in Ansätzen gelungen ist, die neuen Arbeitnehmergruppen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Dies gilt für die meisten Länder, auch für die Schweiz.

Organisationsgrad (Schätzung) in Prozenten

CH	Alle Arbeitnehmer	Öff. Personal	Arbeiter	Priv. Angestellte
1970	30	58	33	21
1980	32	70	47	20
Schweden	85–87	95	80–95	63–71
England	43–50	85	50–53	27–38
BRD	35–40	76–93	42	19–24
Frankreich	22–25	75	25	15

Die bis heute relativ stabilen Mitgliederzahlen des SGB sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Rückgang der Industriearbeiterschaft laufend durch eine Erhöhung des Organisationsgrades in den traditionellen Bereichen (Industriearbeiterschaft und öffentlicher Sektor) wettgemacht werden konnte.

Ein weiterer Grund für die schlechte gewerkschaftliche Erfassung der Angestellten in der Schweiz ist die Spaltung der Arbeitnehmerorganisationen in Richtungsgewerkschaften einerseits und Angestelltenorganisationen andererseits. Zuviel wird hier noch im politischen wie auch im vertraglichen Bereich gegeneinander gearbeitet. Aber selbst die Angestelltenorganisationen tun sich sehr schwer und haben mit den Strukturveränderungen nicht mithalten können. Ein oft gehörtes Argument, die Existenz von Angestellten- und Kaderorganisationen rechtfertige sich schon deshalb, weil die Angestellten eher bereit seien, sich in separaten Verbänden zu organisieren, wird durch diese Fakten widerlegt. Die An-

gestelltenorganisationen konnten zwar ihre Mitgliederzahlen in den letzten 20 Jahren erhöhen. Während sich die Zahl der Angestellten aber von 1960 bis 1980 verdoppelte, nahmen die Mitgliederzahlen der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) nur um 41 Prozent zu. 1983 und 1984 gingen die Mitgliederzahlen sogar zurück.

VSA-Mitglieder

1960	102 503	1981	144 871
1970	123 364	1982	152 067
1977	149 758	1983	151 972
1980	144 710	1984	149 788

1960 hatte der VSA rund ein Viertel des Mitgliederbestandes des SGB, 1984 war es rund ein Drittel.

Dazu hatten 1984 der Schweizerische Bankpersonalverband 26 488 und die Fédération romande des employés 20 000 Mitglieder.

Die eigentliche Stärke der Gewerkschaften liegt in der einheitlichen Organisation aller Arbeitnehmer. Angesichts der strukturellen und technologischen Veränderung bedeutet dies, dass die Gewerkschaften sich nicht darauf konzentrieren dürfen, die Sonderinteressen einzelner Arbeitnehmergruppen zu vertreten. Von der neuen Technik Begünstigte und weniger Begünstigte, von den Unternehmern mehr oder weniger Privilegierte, Arbeitnehmerinnen, Ausländer, Teilzeitbeschäftigte, Jobber, Hamburger-Verkäufer und qualifizierte Software-Spezialisten. Um all diese Gruppen gilt es sich zu bemühen.

Zur Integration der neuen Arbeitnehmergruppen und insbesondere der verschiedenen Angestelltenkategorien in die Gewerkschaften gibt es schliesslich keine Alternative. Im Bericht des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zum letztjährigen EGB-Kongress wird deshalb dieser Frage auch hohe Priorität eingeräumt und die verschiedenen Mitgliederbestände werden aufgefordert, alles zu unternehmen, um noch bestehende Schwierigkeiten bei der Organisierung von Angestellten zu überwinden.

Für die Gewerkschaften geht es letztlich darum, ob sie die repräsentative Vertretung der Mehrheit der Arbeitnehmer mit entsprechendem politischen Einfluss bleiben oder in Zukunft nur noch die Sonderinteressen einer Minderheitsgruppe vertreten können.